

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Kleine Anfrage 2838  
des Abgeordneten Axel Vogel  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 5/7205

### **Positionen der Landesregierung Brandenburg in der 908. Sitzung des Bundesrates am 22. März 2013**

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2838 vom 23.04.2013:

Das Abstimmungsverhalten in den Sitzungen des Bundesrates wird nicht protokolliert und somit ist es nicht möglich, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Brandenburg mit Hilfe vorliegender Informationen nachzuvollziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 908. Sitzung des Bundesrates am 22. März 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 4 (Arzneimittelgesetz)
- TOP 7 (Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften)
- TOP 15 (Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren)
- TOP 16 (Urheberrechtsgesetz)
- TOP 26 (Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes)
- TOP 87 (Aufhebung des Betreuungsgeldgesetzes)
- TOP 88 (Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts)

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 908. Sitzung des Bundesrates am 22. März 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 4 (Arzneimittelgesetz)

Datum des Eingangs: 27.05.2013 / Ausgegeben: 03.06.2013

- TOP 7 (Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften)
- TOP 15 (Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren)
- TOP 16 (Urheberrechtsgesetz)
- TOP 26 (Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes)
- TOP 87 (Aufhebung des Betreuungsgeldgesetzes)
- TOP 88 (Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts)

zu Frage 1:

Das zustimmungsbedürftige Arzneimittelgesetz (TOP 4, Drucksache 149/13) befand sich im zweiten Durchgang im Bundesrat. Die Zielstellung des Gesetzes, eine Regelung zum Antibiotikaeinsatz bei Tieren zu treffen und den Einsatz zu vermindern, wird durch die Landesregierung grundsätzlich unterstützt. Gleichwohl enthielt das Gesetz Inhalte, die nicht weitgehend genug erscheinen. Von der Strichdrucksache 149/1/13 mit den Ausschussempfehlungen ausgehend wurde der Vermittlungsausschuss (Drucksache 149/13 (Beschluss)) aus mehreren Gründen angerufen. Brandenburg unterstützte vier Anrufungsgründe aus den Ziffern 6, 8, 13 und 17 der Strichdrucksache und mit Ziffer 21 eine EntschlieÙung. Diese vier Anrufungsgründe haben neben weiteren eine Mehrheit im Plenum erhalten. Der Vermittlungsausschuss hat inzwischen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der unter Mitwirkung des Brandenburger MUGV ein mehrheitsfähiger Kompromissvorschlag erarbeitet werden soll.

Das nicht zustimmungsbedürftige Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften (TOP 7, Drucksache 152/13) befand sich im zweiten Durchgang im Bundesrat. Entsprechend der einstimmigen Empfehlung des allein beratenden AV-Ausschusses beschloss das Plenum mit Brandenburg, den Vermittlungsausschuss nicht anzurufen. Hintergrund ist, dass die Landesregierung die Ziele des Gesetzes im Grundsatz unterstützt.

Das nichtzustimmungsbedürftige Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (TOP 15, Drucksache 160/13) befand sich im 2. Durchgang im Bundesrat. Brandenburg hat sich zur Anrufung des Vermittlungsausschusses enthalten. Die Anrufung des Vermittlungsausschusses erhielt im Plenum keine Mehrheit. Ein von Brandenburg und weiteren Ländern unterstützter Plenarantrag (160/3/13) mit einer zu Gesetzesteilen kritisch begleitenden EntschlieÙung erhielt auch keine Mehrheit.

Das nichtzustimmungsbedürftige Gesetz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes (TOP 16, Drucksache 162/13) befand sich im zweiten Durchgang im Bundesrat. Brandenburg hatte die Anrufung des Vermittlungsausschusses, die im Plenum keine Mehrheit fand, nicht unterstützt. Nach intensiver Abwägung und versuchter Abstimmung zwischen Ländern war es nicht gelungen, eine mehrheitsfähige Position zur Anrufung des Vermittlungsausschusses zu finden. Letztlich wurde keine Gesetzesverbesserung durch ein Vermittlungsverfahren erwartet. Die begleitenden kritischen Positionen zu den bestehenden Problemen wurden in einer EntschlieÙung des Bundesrates (162/13 (Beschluss)) festgehalten, die von Brandenburg unterstützt wurde.

Die von Brandenburg als Mit Antragsteller miteingebrachte Hamburger Länderinitiative (TOP 26, 505/12) für ein Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes, das vor

allein eine stichtagsunabhängige Regelung im Aufenthaltsrecht einführen soll, erhielt im Plenum eine Mehrheit und wurde zur Behandlung im Bundestag eingebracht.

Vor dem Hintergrund heftiger öffentlicher politischer Debatten zur Einführung des Betreuungsgeldes haben acht Bundesländer einschließlich Brandenburg eine Gesetzesinitiative (TOP 87, Drucksache 198/13) ergriffen, die auf die Aufhebung des Betreuungsgeldgesetzes zielt und die nach Mehrheit im Bundesratsplenum in den Bundestag eingebracht wird. Der Bundestag muss sich nun erneut mit dieser Frage befassen. Inhaltlich wird die Kritik an der verfehlten Anreizwirkung des Betreuungsgeldes, an dem dabei weiteren Fehlen einer eigenen wirtschaftlichen Existenzgrundlage für Frauen und vor allem an einer Fehlallokation von Ressourcen, die dringend für qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen benötigt werden, von der Landesregierung voll geteilt.

Mit Blick auf die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Gleichstellung von Paaren gleichen Geschlechts haben acht Bundesländer einschließlich Brandenburg eine Gesetzesinitiative (TOP 88, Drucksache 196/13), die auf die Einführung des Rechts auf Eheschließung für diesen Personenkreis zielt, ergriffen, die im Bundesrat eine Mehrheit fand und in den Bundestag eingebracht wird.